

Mögliche Folgen des novellierten Psychotherapeutengesetzes für die Ausbildung in Psychologie und den Berufsstand der Psychologinnen und Psychologen

Michael Krämer

Nach mehrjähriger kontrovers geführter Diskussion wurde im November 2019 das neue Psychotherapeutengesetz (PsychThG) in Deutschland verabschiedet. Eine Vereinheitlichung der Zugangsvoraussetzungen für die Ausbildung wird damit erreicht. Auch werden die in der Weiterbildungsphase nach ihrem Studienabschluss befindlichen Personen finanziell bessergestellt als vorher, wenn auch nicht in dem geforderten Maße. In dem Ausbildungsreformgesetz sind zusätzlich weitreichende Veränderungen enthalten, die unter anderem die Berufsbezeichnung, die Ausbildungsinhalte und das berufliche Einsatzfeld betreffen: Die Berufsbezeichnung wird auf „Psychotherapeutin/Psychotherapeut“ verkürzt. Die Qualifizierung der Tätigkeit als „psychologisch“ wird gestrichen. Eine eindeutige Bezeichnung des Studienfachs fehlt im neuen Gesetz. Psychologische Institute können zwar weiterhin einen Studiengang anbieten, der Voraussetzung für die psychotherapeutische Approbation sein wird. Jedoch wird dies auch anderen Fakultäten ermöglicht. Zur Approbation führt eine Staatsprüfung parallel zum Studienabschluss. Sie wird erteilt, obwohl zu diesem Zeitpunkt noch keine Fachkunde erlangt wurde, die erst in der Weiterbildungsphase im Anschluss an das Studium vermittelt wird. Das Berufsfeld der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten wird über die Ausübung der Heilkunde hinaus erweitert. Die Kernpunkte des novellierten Psychotherapeutengesetzes und der zugehörigen Approbationsordnung werden vorgestellt und kommentiert. Auf mögliche Konsequenzen für die Profession wird hingewiesen.¹

Zur Ausgangslage

Die unterschiedliche Zugangsvoraussetzungen in verschiedenen Bundesländern zur Ausbildung und damit zum psychotherapeutischen Arbeitsfeld mit Kindern und Jugendlichen bzw. Erwachsenen werden seit langem kritisiert (vgl. Kanning, 2010, S. 29). Die mit der Bologna-Reform entstandenen neuen Studienabschlüsse mussten in den Gesetzestext integriert

¹ Die vorliegende Fassung dieses Beitrags gibt den Informationsstand am 30.06.2020 wieder.

werden und eine adäquate Bezahlung der zukünftigen Therapeutinnen und Therapeuten in der Phase nach dem Studienabschluss bis zum Erwerb der Fachkunde wurde gefordert.

Schon 2011 wurde im Bundesministerium für Gesundheit eine „ordnungspolitische Revolution“ propagiert. Immer wieder wurde von der Einführung eines eigenständigen Psychotherapiestudiums gesprochen. Mehrere Anhörungen im Bundesministerium für Gesundheit und im Bundestag zeigten die Heterogenität der Interessen. Im Effekt erleichterte die sehr kontrovers geführte Diskussion den Protagonisten der Reform im Ministerium und der Bundespsychotherapeutenkammer den von ihnen als sinnvoll erachteten Weg zu beschreiten. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrats wurden nicht berücksichtigt (Wissenschaftsrat, 2018). Am 15.09.2019 wurde das Gesetz zur Reform der Psychotherapeutenausbildung beschlossen. Es folgt am 04.03.2020 die zugehörige Approbationsordnung.

Der vorliegende Beitrag maßt sich nicht an, durch einen Blick in die Glaskugel die Folgen des novellierten Gesetzes bis zur nächsten Gesetzesreform vorhersagen zu können. Schon vor dem Start des novellierten Ausbildungsgangs wurden Veränderungen vorgenommen, wie weiter unten beschrieben werden wird. Es soll auf kritische Punkte hingewiesen und auf mögliche Folgen aufmerksam gemacht werden.

Konfliktäre Interessen

Im Folgenden werden in zugespitzter Weise zentrale Ziele und Standpunkte der verschiedenen an der Gesetzesnovellierung beteiligten Interessengruppen rekapituliert. Begonnen sei mit der Gruppe derjenigen, die von der psychotherapeutischen Dienstleistung profitieren sollen, den **Patientinnen und Patienten**. Die Hilfesuchenden erwarten eine Reduzierung der Wartezeit auf einen Therapieplatz und eine qualitativ hochwertige Krankenbehandlung. Eine Reduktion der Wartezeit ist durch die Gesetzesnovelle nicht zu erwarten, da eine Ausweitung des Angebots an Therapieplätzen („Kassensitzen“) nicht auf der Agenda stand. Im Gegensatz dazu wird eine Limitierung der Zahl der psychotherapeutisch Tätigen mit Abrechnungsmöglichkeit über die Krankenkassen angestrebt. Mehr als 2.500 Personen p.a. sollen nicht in die Weiterbildung zur/zum Fachpsychotherapeutin/-therapeuten aufgenommen werden. Hochschulabgängerinnen und -abgänger, welche direkt mit dem Studienabschluss eine Approbation erworben haben und keinen Weiterbildungsplatz finden, sollen in angrenzenden psychologischen Berufsfeldern ausweichen. Ein Qualitätsverlust der Ausbildung, die ein mindestens fünfjähriges Studium und eine ca. fünfjährige Weiterbildung bis zur Fachkunde vorsieht, sei nicht prognostiziert. Jedoch lässt das Gesetz zu, dass

Studienabgänger direkt nach dem Studium therapeutisch tätig werden, auch wenn ihnen noch die Möglichkeit fehlt, erbrachte Leistungen über Krankenkassen abzurechnen. Bei dieser Teilgruppe und bei den schon erwähnten Absolventinnen und Absolventen, die trotz Interesses keinen Weiterbildungsplatz aufgrund der Limitierung finden und die daraufhin in anderen psychologischen Berufsfeldern, für die sie nicht spezifisch ausgebildet sind, tätig werden, ist eine geringere Arbeitsqualität zu erwarten. Dies wird mit der Inkraftsetzung des neuen Gesetzes fahrlässig in Kauf genommen.

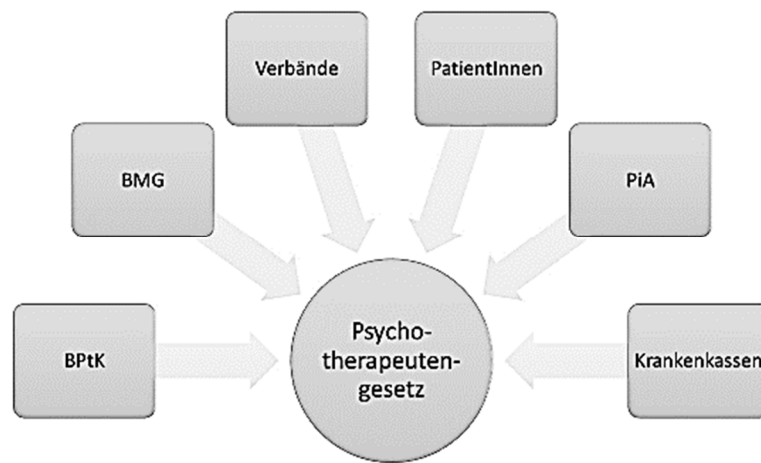


Abb. 1: Interessengruppen

Verschiedene Interessengruppen wirken auf die Novellierung des PsychThG ein (vgl. Abbildung 1).

Die **Krankenkassen** sind an einer guten Versorgung ihrer Mitglieder mit therapeutischen Angeboten bei begrenzten Kosten interessiert. Auch wenn sich die finanzielle Situation der Psychotherapeutinnen und -therapeuten in der Weiterbildungsphase verbessern soll, ist es dem Gesetzgeber nicht gelungen, die erforderliche Finanzierung auf einem angemessenen Niveau durch die Krankenkassen sicherzustellen. Die Krankenkassen wollen die Kosten begrenzen, was dem Ziel, approbierten Psychotherapeutinnen und -therapeuten das gleiche Einkommen wie vergleichbar ausgebildeten Medizinerinnen zu ermöglichen, entgegensteht, was in den Anhörungen im Bundesministerium für Gesundheit und im Bundestag deutlich wurde (vgl. Krämer, 2019b).

Das **Bundesministerium für Gesundheit** hat in enger Absprache mit der Bundespsychotherapeutenkammer den Gesetzestext formuliert. Schon bei dem ersten PsychThG aus dem Jahr 1999 waren ordnungspolitische Gründe (Bund-/Länderzuständigkeiten) maßgeblich, die Phase nach dem Studienabschluss als „Ausbildung“ zu bezeichnen und die Ausübung psychologischer Psychotherapie als eigenständigen Beruf neben dem Psychologenberuf zu deklarieren. Gleichzeitig wurde damit ein Spaltpilz im psychologischen Berufsstand gesät, der mit der Gesetzesnovellierung einen Wachstumsschub erhält. Von der Trennung zwischen Psychologie und Psychotherapie profitiert das Gesundheitsministerium, da dessen Zuständigkeit sich nur auf den Teil des psychologischen Berufsstands bezieht, der Heilkunde betreibt.

Die **Bundespsychotherapeutenkammer** gewinnt als Kontrollinstanz mit der Verantwortung über die Ausgestaltung der Weiterbildung weiter an Einfluss. Auch sie trägt zu der Trennung zwischen Psychotherapie, für die sie zuständig ist, und allen anderen psychologischen Berufsfeldern bei, obwohl bis heute die große Mehrheit der gewählten Vertreterinnen und Vertreter in der Bundes- und den Länderkammern über eine psychologische Ausbildung verfügen.

Unter den **Verbänden** herrscht Dissens in Bezug auf die Gesetzesnovelle. Der Berufsverband deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) vertritt die Interessen aller psychologischen Anwendungsfelder. Daher setzt er sich für die Einheit des Berufsstands intensiv ein (vgl. Krämer, 2019a, 2019b). Dies gilt folgerichtig auch für die Durchlässigkeit der Ausbildung sowie eine angemessene Bezahlung in der Weiterbildungsphase und der anschließenden Berufsausübung nach dem Erwerb der Fachkunde. Die Abschaffung der Berufsbezeichnung „Psychologische Psychotherapeutin/Psychologischer Psychotherapeut“ hält der BDP für fatal. Ärzte können wählen, ob sie den Zusatz „ärztlich“ hinzufügen oder nicht. Durch die Verkürzung auf „Psychotherapeutin/-therapeut“ entsteht Intransparenz zum Nachteil der Erkrankten. Damit Die Patientinnen und Patienten können nicht mehr differenzieren, ob eine psychologische oder ärztliche Ausbildung absolviert wurde.

Im Gegensatz dazu begrüßen vielen Psychotherapieverbände das neue Gesetz. Der Wettbewerb um Mitglieder verhindert einen Schulterschluss zur Förderung gemeinsamer Interessen z.B. hinsichtlich einer adäquaten Bezahlung. Das Kappen der psychologischen Wurzeln ist ein Symptom dafür. Zuweilen wird sogar bestritten, dass Psychotherapie ein Anwendungsfeld der Psychologie ist. „Arztgleichheit“ wird angestrebt, was die Abgrenzungstendenzen verstärkt. Die verschiedenen psychotherapeutischen Gruppierungen betonen in der

Regel ihre Unterschiede statt Gemeinsamkeiten. Eine Ausweitung der Ausbildung auf weitere psychotherapeutische Verfahren mit „Strukturqualität“ über die „Richtlinienverfahren“ hinaus gelang mit der Gesetzesnovelle nicht. Einzig die systemische Therapie hat verglichen mit dem ersten PsychThG nunmehr einen besseren Status erlangt.

Erwähnt sei noch die Deutsche Gesellschaft für Psychologie (DGPs), in der primär die an den Hochschulen Tätigen organisiert sind. Gemeinsam mit dem psychologischen Fakultätentag, dessen Mitglieder der DGPs angehören, bezeichnet die DGPs die Novellierung des PsychThG als sehr gelungen. Maßgeblich für diesen Tenor sind die in der psychotherapeutischen Ausbildung tätigen Hochschulangehörigen. Es ist zu erwarten, dass die den Instituten angegliederten Hochschulambulanzen deutlich wachsen werden. Es müssen zusätzlich Ausbildungskapazitäten geschaffen werden, um die Gesetzesvorgabe zu erfüllen. Ignoriert wird, dass kein entsprechendes Finanzierungskonzept existiert. Das Ziel, an den Instituten weiterhin Psychologinnen/Psychologen sowie zukünftige Psychotherapeutinnen/-therapeuten ausbilden zu können, scheint zwar erreicht. Jedoch droht ein Verdrängungswettbewerb zwischen den psychologischen Teilgebieten, da die Psychotherapie an den Hochschulen, was die personelle Kapazität anbelangt, alle andere dominieren wird.

Begrüßt wird die Novellierung des PsychThG auch von den Vertreterinnen und Vertretern der **Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in Ausbildung (PiA)**, die zukünftig „in Weiterbildung“ heißen werden (PiW). Unisono gilt dies für die Studierendenvertretungen. Welche Relevanz die Kenntnis und Anwendung naturwissenschaftlich-empirischer Methoden in der Psychotherapie zukommt, ist bis heute umstritten. Der Wunsch nach einem Studiengang jenseits des psychologischen Standardcurriculums gibt es schon seit geraumer Zeit (vgl. Galliker, 2016, S. 152f.). Noch mehr jedoch scheint die finanzielle Verbesserung gegenüber der aktuellen Situation zur Zustimmung zur Reform beizutragen. In allen Protesten gegen das erste PsychThG stand die prekäre finanzielle Situation der in Ausbildung Befindlichen im Vordergrund. Obwohl die nun beschlossene Mindestvergütung (Euro 1.000.-) deutlich hinter der geforderten Honorierung zurückbleibt, werden für den finanziellen Vorteil absehbare „Nebenwirkungen“ in Kauf genommen.

Das Studium

Nach mehrjähriger Diskussion wird im Gesetz nicht mehr von einem „Direktstudium“ Psychotherapie gesprochen. Dennoch feiert der amtierende Bundesgesundheitsminister in seinen Verlautbarungen den Durchbruch zum Psychotherapiestudium. Laut Gesetz soll das

Bachelor-Studium weiterhin polyvalent sein, was bedeutet, dass die Möglichkeit zur Einmündung in unterschiedliche psychologische Vertiefungen und Arbeitsfelder erhalten bleibt. Wie das Studienfach bezeichnet werden wird, wird den Hochschulen überlassen. Psychologie ist nur noch eine der erwähnten „Bezugswissenschaften“. Wenn ein medizinischer, pädagogischer oder anderer Fachbereich das vorgeschriebene Kerncurriculum anbietet, so führt auch dieser Weg zur Approbation (vgl. Schönplflug, 2019).

Ohne auf Details einzugehen, sei hier festgehalten, dass unter Einbezug der Praktika mehr als die Hälfte der zu lehrenden Inhalte im Bachelor-Studium und ca. vier Fünftel im Master-Studium durch das PsychThG und die Approbationsordnung festgeschrieben werden (vgl. Abb. 2).

Bachelorstudium

- die Bezeichnung des Studienfachs bleibt offen, es soll polyvalent sein
- alle Praktika müssen auf den therapeutischen Bereich bezogen sein
- 56 % der Studieninhalte sind durch PsychThG/PsychThApprO festgelegt

Masterstudium

- die Bezeichnung des Studienfachs bleibt offen
- 78 % der Studieninhalte sind durch PsychThG/PsychThApprO festgelegt
- Approbation parallel zum Studienabschluss

Weiterbildung in Psychologischer Psychotherapie

- Erwerb der Fachkunde
- Abrechnungsmöglichkeit mit gesetzlichen Krankenkassen nach erfolgreichem Abschluss

Abb. 2: Studium und Weiterbildung nach dem novellierten PsychThG

Es schien im Gesetzgebungsprozess bis zuletzt möglich, zumindest eines der Praktika bis zum Bachelor-Abschluss außerhalb des psychotherapeutischen Arbeitsfelds anzusiedeln, was jedoch schließlich keine Berücksichtigung fand. Damit wird eine breite Fundierung der Psychologie, die eine Orientierung der Studierenden auf die unterschiedlichen Arbeitsfelder unterstützt, abgeschafft. Es ist zu erwarten, dass die Dominanz der psychotherapeutisch orientierten Inhalte zu Lasten der anderen Teilbereiche gehen wird (vgl. Schönplflug, 2020).

Welche Fachbereiche außerhalb der Psychologie ein psychotherapeutisch orientiertes Studium anbieten werden, ist offen. Angesichts der hohen Studierendennachfrage ist naheliegend, dass private Hochschulen danach streben werden, diese Nische zu erschließen.

Noch bevor das „Gesetz zur Reform der Psychotherapeutenausbildung“ am 01.09.2020 in Kraft trat, gab es daran eine Veränderung durch das „Zweite Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“. In Artikel 17 wird festgelegt, dass Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, die bislang in einem Studiengang die grundlegende Qualifikation für Kinder- und Jugendpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten vermittelt haben, dies in einer um 6 Jahre verlängerten Frist bis zum 31.08.2026 weiterhin tun können, „um die regionale psychotherapeutische Versorgung zu sichern“. Wie diese Änderung mit der Argumentation von Seiten des Gesundheitsministeriums vereinbar ist, dass eine schnellstmögliche Umsetzung der Gesetzesnovelle wünschenswert sei, kann hier nicht aufgelöst werden. Wird die im PsychThG vorgesehene Übergangsfrist von 12 Jahren hinzugerechnet, so kann nach den vormaligen gesetzlichen Regelungen noch bis 2032 bzw. 2038 ausgebildet werden. Erwartet wird jedoch, dass die entsprechenden Ausbildungsangebote mit fortschreitender Zeit ausgedünnt werden.

Die Approbation

Parallel zum Studienabschluss soll zukünftig eine Staatsprüfung absolviert werden, die zur Approbation führt. Alle Approbierten dürfen anschließend auch ohne Fachkunde eigenverantwortlich therapeutisch tätig werden. Das ordnungspolitische Argument, die Approbation sei in Anlehnung an das medizinische Ausbildungscurriculum die entscheidende Voraussetzung, um während der Weiterbildungsphase eine Vergütung zu gewährleisten, überzeugt nicht (vgl. Krämer, 2020). Einheitlichkeit der Ausbildung in den Heilberufen anzustreben, darf nicht der Grund sein, den Patientinnen und Patienten einen qualitativen Rückschritt verglichen mit der jetzigen Situation zuzumuten, in der die Approbation nur erfolgt, wenn die Fachkunde erworben wurde. Dass Studierende diesen einfacheren Weg zu einer Approbation begrüßen, darf man ihnen nicht zum Vorwurf machen. Wenn ergänzend zum Studienabschluss ein zusätzliches Zertifikat erworben werden kann, das Vorteile bei potentiellen Arbeitgebern bringt und eine Verbesserung der finanziellen Situation in der Weiterbildungsphase ermöglicht, verstärkt dies den Wunsch nach dem neuen Gesetz.

In dem Hochschulstudium nach neuem Zuschnitt kann trotz höherer Praxisanteile nicht die Praxiserfahrung vermittelt werden, die in der bisherigen Ausbildung bis zur Approbation

nach dem Erwerb der Fachkunde erworben wurde. Selbst wenn zukünftig alle Praktika klinisch-psychologisch ausgerichtet sind, bleibt offen, wie gut im Hochschulstudium die praktisch-psychotherapeutischen Kompetenzen vermittelt werden können (vgl. Bartling, Engberding & Rist, 2010). Auch spielen in diesem Kontext finanzielle Interessen eine Rolle, da durch den Auf- und Ausbau von Hochschulambulanzen der Wettbewerb zwischen diesen und privaten Ausbildungsinstituten weiter zunehmen wird.

Die Weiterbildung

Bei Verabschiedung des PsychThG lag noch keine Weiterbildungsordnung vor. Es ist nicht geklärt, wie die Zulassung zur psychotherapeutischen Weiterbildung erfolgen wird. Es war im Gespräch, dass allein das Ergebnis der Staatsprüfung dafür maßgeblich sei, was das Hochschulstudium entwerten würde.

Eine Differenzierung auf das Arbeitsfeld Kinder und Jugendliche bzw. Erwachsene erfolgt im Zuge der Weiterbildung.

Die Dauer der Weiterbildung war zur Drucklegung dieses Artikels noch offen. Während bei der Geltungsdauer des ersten PsychThG über viele Redundanzen zwischen Studium und Weiterbildung geklagt wurde, ist trotz des neuen, stärker als bisher auf psychotherapeutische Inhalte ausgerichteten Curriculums sogar eine Verlängerung der Weiterbildung in der Diskussion, was die Zeit bis zur Berufsausübung eher verlängern als verkürzen wird.

Fazit

Die primären Ziele, die zur Reform Anlass gaben, wurden nur sehr eingeschränkt erreicht:

- Die Anpassung an die Studienabschlüsse nach der Bologna-Reform wird vorgenommen.
- Die Zugangsbedingungen zur Psychotherapeutinnen-/therapeutenausbildung werden nach einer Übergangsfrist ab 2038 vereinheitlicht.
- Die Vergütung in der Weiterbildungsphase hat sich zwar verbessert, ist jedoch von einer dem Studienabschluss angemessenen Vergütung weit entfernt. Aus der Studierendenperspektive mag dies einen Fortschritt darstellen, nicht jedoch für den Berufsstand.

Dafür werden gravierende Nebenwirkungen provoziert:

- Die Finanzierung der an den Hochschulen notwendigen zusätzlichen Kapazitäten, um dem neuen PsychThG zu genügen, ist ungesichert. Es droht eine Verringerung der psychologischen Lehrangebote außerhalb der Psychotherapie im Sinne einer Reduktion auf das noch Machbare.
- Die Spaltung des psychologischen Berufsstands wird vorangetrieben. Es entsteht ein unnötiger Wettbewerb zwischen Psychotherapeutinnen/-therapeuten und Psychologinnen/Psychologen zum Beispiel in den Arbeitsbereichen der Klinischen Psychologie (ohne Approbation), Gesundheitspsychologie, Wirtschafts- oder Rechtspsychologie.
- Die Orientierung innerhalb des Studienfachs auf die vielfältigen psychologischen Arbeitsfelder wird durch zu frühe Festlegungen auf psychotherapeutisch relevante Inhalte erschwert.
- Die Approbation ohne Fachkunde und die Öffnung psychologischer Arbeitsfelder außerhalb der Heilkunde für Psychotherapeutinnen und -therapeuten birgt die Gefahr einer Verschlechterung erreichter Qualitätsstandards.

Das Streben nach politischer Profilierung und nach einer finanziellen Verbesserung der Situation der in Aus- und Weiterbildung befindlichen Psychotherapeutinnen und -therapeuten haben ein Gesetz hervorgebracht, das den Abnehmerinnen und Abnehmern der psychologischen Dienstleistungen und der psychologischen Profession als Ganzes mehr schadet als nutzt. Eine Reform der Reform erscheint dringend geboten.

Literatur

Approbationsordnung für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten (PsychThApprO) (2020). Verfügbar unter:

[https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&start=//*\[@attr_id=%27bgbl120s0448.pdf%27\]#__bgbl__%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl120s0448.pdf%27%5D__1594378860662](https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&start=//*[@attr_id=%27bgbl120s0448.pdf%27]#__bgbl__%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl120s0448.pdf%27%5D__1594378860662) (abgerufen am 30.06.2020).

Bartling, Gisela, Engberding, M. & Rist, F. (2010). Psychotherapieausbildung. In U. P. Kanning et al. (Hrsg.), *Jenseits des Elfenbeinturms. Psychologie als nützliche Wissenschaft* (S. 193-209). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Galliker, Mark (2016). *Ist die Psychologie eine Wissenschaft?* Berlin: Springer.

Gesetz zur Reform der Psychotherapeutenausbildung (2019). Verfügbar unter:

https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl119s1604.pdf#__bgbl__%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl119s1604.pdf%27%5D__1594378569338 (abgerufen am 30.06.2020).

- Kanning, Uwe P. (2010). Geschichte der Angewandten und Praktischen Psychologie. In U. P. Kanning et al. (Hrsg.), *Jenseits des Elfenbeinturms. Psychologie als nützliche Wissenschaft* (S. 19-34). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Krämer, Michael (2019a). Reform des Psychotherapeutengesetzes. BDP: Psychotherapie braucht eine fundierte psychologische Qualifikation. *Report Psychologie*, 44 (3), 22-24.
- Krämer, Michael (2019b). Kontroverse Standpunkte zum Psychotherapeutengesetz. *Report Psychologie*, 44 (7/8), 24-25.
- Krämer, Michael (2020). Quadratur des Kreises gescheitert. *Report Psychologie*, 45 (2), 26-27.
- Schönpflug, Wolfgang (2019). Ist das Ende der Psychologie gekommen? FAZ, Nr. 68 v. 21.03.2019.
- Schönpflug, Wolfgang (2020). „Startet das Psychotherapiestudium im Wintersemester 20/21?“ Verfügbar unter: <https://psyche-und-arbeit.de/?p=14195> (abgerufen am 30.06.2020).
- Wissenschaftsrat (2018). Perspektiven der Psychologie in Deutschland (Drs. 6825-18). Verfügbar unter: www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/6825-18.pdf (abgerufen am 31.07.2018).
- Zweites Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite (2020). Verfügbar unter: https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&jumpTo=bgbl120s1018.pdf#__bgbl__%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl120s1018.pdf%27%5D__1594378355668 (abgerufen am 30.06.2020).